

GEMEINDE RÖSSING

REGIERUNGSBEZIRK HANNOVER

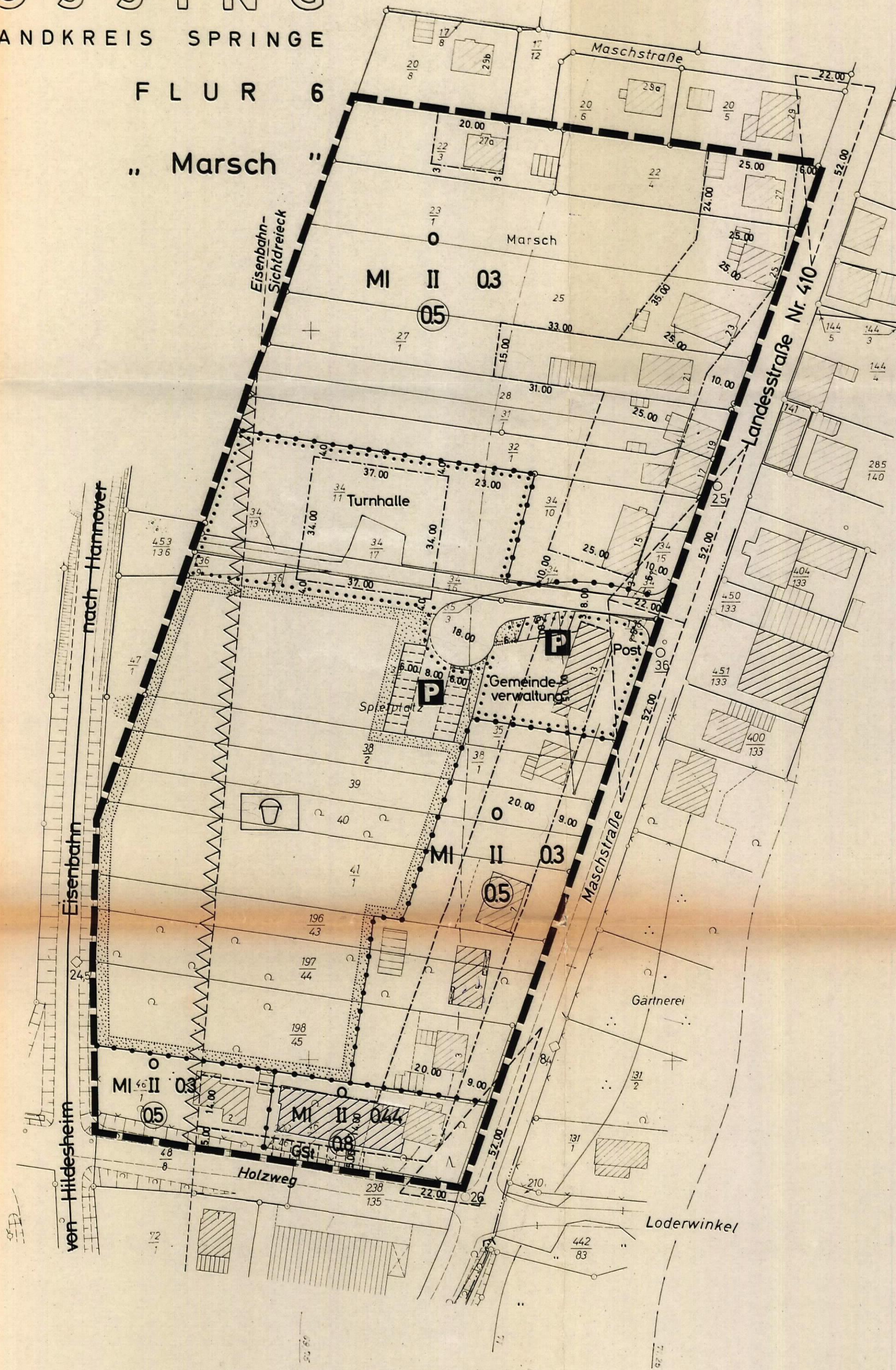
LANDKREIS SPRINGE

MAßSTAB 1 : 1 000

FLUR 6

BEBAUUNGSPLAN NR. 6

Satzung auf Grund der §§ 2 (1), 9 und 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) in Verbindung mit § 6 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung in der Fassung vom 27. Oktober 1971 (Nds. GVBl. S. 321) BauNVO.

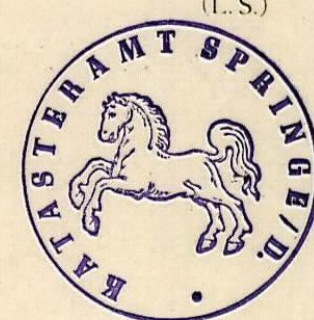


Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968
(Bundesgesetzblatt I Seite 1237)

Die Höhenlinien sind der Top.-Karte M. 1: 25 000 entnommen.

PLAN - UNTERLAGE VERVIELFÄLTIGT
MIT GENEHMIGUNG DES HERAUSGEBERS

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 5. Juni 1972).
Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeiten ist einwandfrei möglich.
Springe, den 6. Juni 1972



[Signature]
Vermessungsoberrat

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von
Rinteln, den 17. März 1971
16. August 1971
10. Oktober 1971

ARCHITEKT BDA HANS BUNDZEN
ORTSPLANER
RINTELN/WESER

[Signature]

Der Rat der Gemeinde Rössing hat in seiner Sitzung am 20. AUG. 1971 dem Entwurf des Bebauungsplanes zugestimmt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden gemäß § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes (BBauG) v. 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) am 7. SEP. 1971 ortsüblich durch Aushang bekanntgemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes hat mit Begründung vom 21. Oktober 1971 bis 22. November 1971 öffentlich ausgelegt.
Rössing, den 23. NOV. 1971



[Signature]
Bürgermeister
[Signature]
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde Rössing hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 14. Dezember 1971 nach Prüfung der fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.
Rössing, den 15. Dezember 1971



[Signature]
Gemeindedirektor

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Innerhalb der Sichtdreiecke ist jede Sichtversperrung in mehr als 0,80 m Höhe über den Fahrbahnoberflächen der Straßenverkehrsflächen unzulässig.

Gem. § 6 Abs. 3 BauNVO sind die im Mischgebiet ausnahmsweise zulässigen Ställe für Kleintierhaltung als Zubehör zu Kleinsiedlungen u. landwirtsch. Nebenerwerbsiedlung allgemein zulässig.

Im Falle einer Zuwiderhandlung gegen diese Satzung kann ein Zwangsgeld bis zu 500.-DM festgesetzt und die Ersatzvornahme auf Kosten säumiger Pflichtiger durchgesetzt werden.
Die §§ 35 bis 37 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 21.3.1951 (SOG) gelten entsprechend.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

- Grenze des Geltungsbereiches
- Straßenverkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie
- Baugrenze
- überbaubare Grundstücksfläche
- nicht überbaubare Grundstücksfläche
- Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Sichtdreieck
- MI Mischgebiet
- II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
- 03 Grundflächenzahl
- 05 Geschöflächenzahl
- 0 offene Bauweise
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- öffentliche Grünfläche
- Spielplatz
- P öffentliche Parkfläche
- GSt Gemeinschaftsstellplätze

NACHRICHTLICH ÜBERNOMMEN

- von Sichtbehinderungen über 1,00m Höhe freizuhaltende Grundstücksfläche (Eisenbahn-Sichtdreieck)

Der vom Rat der Gemeinde Rössing in der Sitzung vom 14. Dezember 1971 beschlossene Bebauungsplan wird hiermit gemäß § 11 BBauG nach Maßgabe der Verfügung 214 - 756/72 vom heutigen Tage genehmigt.

Hannover, den 2. November 1972

Der Regierungspräsident
in Hannover
Im Auftrage:



[Signature]

Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am ortsüblich durch bekanntgemacht worden.
Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung gemäß § 12 BBauG vom bis öffentlich ausgelegt.

Nach Ablauf dieser in der Hauptsatzung der vorgesehenen Auslegungsfrist wurde der Bebauungsplan am rechtswirksam.

Rössing, den

(L. S.)

Gemeindedirektor